

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21
"Tagblatthaus".
Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postkassentor: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich

6 Ausgaben.



Preis:
"Tagblatthaus" Nr. 6994-51.
Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.
Postkassentor: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Bezugspreis: Im Verlag abgeholt: M. 420.—, in den Ausgabebezirken: M. 430.—, durch die Träger ins Haus gebracht M. 450.— monatlich. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabebezirke, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.

Anzeigenpreis: Erste Anzeigen M. 40.—, Finanz- und Kultur-Anzeigen M. 60.—, auswärtige Anzeigen M. 80.—, druckbare Anzeigen M. 120.—, auswärtige Anzeigen M. 175.— für die einseitige Anzeigenoberfläche oder deren Raum. — Bei wiederholter Aufnahme unendlicher Anzeigen entsprechende Nachlässe. — Schluss der Anzeigenannahme: 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Landwehrstraße 35, Fernsprecher: Umland 3186.

Nr. 515.

Donnerstag, 7. Dezember 1922.

70. Jahrgang.

Wir Rheinländer sind Deutsche und wollen bei Deutschland bleiben!

Neue Reparationspläne der Reichsregierung.

Das Ergebnis der Konferenz der Ministerpräsidenten.

as. Berlin, 7. Dez. (Drahtmeldung unserer Berliner Abteilung.) Die Beratungen der Ministerpräsidenten der Länder haben gestern ihr Ende erreicht und nach dem amtlichen Bericht konnte der Reichskanzler den einheitlichen Willen sämtlicher Vertreter der Länder feststellen, in gemeinsamer Arbeit mit der Reichsregierung an der Besserung der inneren und äußeren Lage mitzuwirken. Daß ein solches Zusammengehen gerade in dieser Zeit besonders erforderlich ist, beweist die bekannte Sühnennote der Entente und beweisen auch die Meldungen der französischen Blätter über angebliche Absichten Poincarés.

Die außenpolitische Lage ist zweifellos voller Gefahren, denen die Regierung nicht durch passives Abwarten begegnen kann. Daß dies auch nicht ihre Absicht ist, hat der Reichskanzler wiederholt betont. Erst unlängst hob er hervor, man müsse mit Frankreich zu einer Verständigung kommen. Auch diese Richtlinien des Kabinetts haben in der Besprechung mit den Ministerpräsidenten die Zustimmung gefunden und es wird in dem Bericht auch ausführlich hervorgehoben, daß die Ministerpräsidenten mit der Regierung einverstanden waren, daß nichts unverfügt gelassen werden solle, um in Ausführung und Durchführung der bekannten Reparationsnote vom 13. November zu einem positiven Ergebnis zu gelangen. In der Tat ist die Regierung offenbar entschlossen, nichts zu unterlassen, was zu einer Verständigung in der Reparationsfrage führen könnte und es ist erfreulich, daß sie dabei offenbar auf die Unterstützung der völksparteilichen Kreise rechnen kann. Die „Zeit“, das Organ des Abgeordneten Stresemann, legt sich nämlich in einem Artikel mit aller Energie dafür ein, daß von deutscher Seite der Versuch gemacht wird, die Entwicklung, auf die Frankreich hinstreut, in andere Bahnen zu lenken. Die Regierung hat nun zunächst eine engere Kommission aus Regierungsmitgliedern gebildet, die unter dem Vorsitz des Reichskanzlers die neuen Reparationspläne in enger Fühlung mit den Führern der Industriekreise vorbereitet. Ihr Plan geht dahin, möglichst schnell eine internationale Anleihe aufzunehmen, von der ein Teil Frankreich zugute kommt, der andere Teil für die Stabilisierung der Mark verwendet werden soll. In diesem Sinne schreibt auch die völksparteiliche „Zeit“, es handle sich bei dem Vorschlag um einen Plan, die deutschen Wirtschaftskräfte im Zusammengehen mit Frankreich für eine endgültige Regelung einzusetzen, die nicht nur eine Festsetzung der Entschädigungssumme in sich schließt, sondern auch für Frankreich, wie für Deutschland unmittelbare Mittel flüssig macht. Allem Anschein nach greift man hier auf einen Plan zurück, der schon gelegentlich der Anwesenheit der Reparationskommission in Berlin erörtert wurde. Damals sprach man von einer Auslandsanleihe in Höhe von 20 Milliarden Goldmark. Den Zinsendienst für diese Anleihe sollte die Industrie übernehmen und garantieren. Da die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Vertretern der Industrie einerseits und andererseits die Beratungen im Kabinett noch nicht abgeschlossen sind, können zuverlässige Mitteilungen über die Form, die die Vorschläge der Reichsregierung schließlich erhalten werden, noch nicht gemacht werden. Unentschieden dürfte auch im Augenblick noch sein, ob der neue Vorschlag den Alliierten vor der Londoner Konferenz oder erst nach der Londoner Konferenz übermittelt werden soll. In diesem Zusammenhang sei auch auf die Tatsache verwiesen, daß Abgeordneter Stresemann den Auswärtigen Ausschuss des Reichstags für Samstag einberufen hat.

Selbstverständlich erscheint, daß man einen derart weittragenden Plan nicht verfolgen kann, wenn man es wegen der hohen Sühnennote über Passau und Ingolstadt zu einem Bruch kommen lassen will. Die Verhandlungen, die darüber in Berlin mit dem bayerischen Ministerpräsidenten v. Knilling geführt worden sind, sind gestern zum Abschluß gelangt. Die Reichsregierung wird auch weiterhin mit München in Fühlung bleiben. Der bayerische Ministerpräsident hat gestern Abend Berlin verlassen. Man will wissen, daß er sich gewissermaßen als Entschuldigungs schreiben an die Entente zu unterzeichnen und daß die Reichsregierung sich an Stelle der bayerischen Regierung bei der Entente ein-

schuldigen wird. Es ist beabsichtigt, die Zahlung der geforderten Entschädigungssumme dem Völkerbund als Schiedsrichter zu überweisen. Mit beiden Lösungen scheinen jedoch die Sozialdemokraten nicht zufrieden. Wenn auch tatsächlich diese Lösungsvorschläge zur Verhandlung gestanden haben dürften, so muß doch betont werden, daß die Beratungen der Reichsregierung über den Text der Antwortnote an die Entente noch nicht abgeschlossen sind. Die Reichsregierung wird sich heute noch einmal mit der Angelegenheit befassen. Voraussichtlich wird die Note am Freitag abgehen, nachdem der Reichskanzler vorher noch den Parteiführern von dem Inhalt der deutschen Note Kenntnis gegeben hat!

Udt. Berlin, 7. Dez. (Eig. Drahtbericht.) Wie heute morgen berichtet worden ist, will die Regierung Cuno in Übereinstimmung mit der programmatischen Ankündigung des Reichskanzlers, der eine Auseinandersetzung mit Frankreich sucht, neue Reparationsvorschläge auf Grund einer von der Industrie zu garantierenden Anleihe überreichen. Aus den Kreisen des Reichsverbandes der deutschen Industrie verlautet hierzu, daß der Plan einer Anleihe von 20 Milliarden gegen Garantierung der deutschen Industrie kein Vorschlag der deutschen Industrie sei. Der Plan ist vielmehr ein Gedanke des amerikanischen Senators Mac Cormick, der ihn seinerzeit in Berlin ausgesprochen und angeregt hat. Ob sich allerdings die neue Form der deutschen Vorschläge genau in dieser Richtung bewegen wird, muß bezweifelt werden. Im übrigen begrüßt die Industrie die jetzt merkbar werdende große Aktivität der neuen Reichsregierung.

Die Aufnahme in Paris.

Udt. Paris, 7. Dez. (Eig. Drahtbericht.) Die Morgenblätter bringen lange Meldungen aus Berlin, nach denen die Reichsregierung entschlossen sein soll, neue Reparationsvorschläge zu machen, die besonders die Bedürfnisse Frankreich berücksichtigen und eine deutsch-französische wirtschaftliche Verständigung zur Voraussetzung haben sollen. Diese Meldungen interessieren sehr lebhaft, doch hält man mit Einwendungen nicht zurück. Die Garantie einer internationalen Anleihe durch die deutsche Großindustrie befriedigt hier sehr. Dagegen hat der Vorschlag auf Herabsetzung der deutschen Schuld keine Aussicht auf Annahme von Seiten Frankreichs, da es nur einer Herabsetzung zustimmen würde bei einer entsprechenden Regelung der interalliierten Schulden.

1. Paris, 7. Dez. (Eig. Drahtbericht.) Die Pariser Blätter beschäftigen sich mit den Gerüchten, wonach die deutsche Regierung Frankreich neue Vorschläge in der Reparationsfrage machen will und Minister Hermes diese Vorschläge nach Paris bringen soll. Der Berliner Vertreter des „Echo de Paris“ glaubt zu wissen, daß es sich um Vorschläge handelt, an denen der deutsche Finanzminister seit einiger Zeit arbeitet, nachdem es ihm gelungen ist, die Widerstände einzelner Mitglieder der Regierung, vor allem des Herrn von Rosenberg zu überwinden. Der Kanzler soll auf der Seite des Ministers Hermes stehen. Das neue Programm der deutschen Regierung dürfte nach dieser Quelle in der Mitwirkung der deutschen Industrie zur Sicherstellung einer internationalen Anleihe sein.

Reparationsvorschläge der englischen Handelskammern.

D. London, 7. Dez. (Eig. Drahtbericht.) Der von den englischen Handelskammern eingeleitete Ausschuss hat die Frage der Wiederaufnahme geprüft und folgende Vorschläge gemacht:

1. Eine Reparationssumme muß festgelegt werden, die Deutschland in den Stand setzt, sie leisten zu können, ohne den Handel der Verbündeten zu schädigen.
2. Deutschland braucht unbedingt für eine Reihe von Jahren ein Moratorium.
3. Jemand ein Druck, der auf Deutschland ausüben ist, um die Reparationszahlungen zu erzwingen, muß zwischen den Verbündeten verabredet und gemeinsam ins Werk gesetzt werden, damit die gegenwärtige Unklarheit ein Ende nimmt.
4. Eine internationale Anleihe für Deutschland ist unbedingt notwendig. Doch ist die Vereinnahmung der Handelskammern nicht dafür, daß die englische Regierung für die Höhe der Anleihe bürgt. Sie erklärt ferner die Zurückziehung der militärischen Besetzung aus Deutschland, so weit sie sich mit der Sicherheit vereinbaren läßt, für wünschenswert.

Die deutsche Antwort auf die Sühnelforderungen.

Udt. Berlin, 7. Dez. (Eig. Drahtbericht.) Der bayerische Ministerpräsident v. Knilling hatte eine ausführliche Besprechung mit dem Außenminister v. Rosenbergs, dem Reichskanzler Dr. Cuno und mit anderen Mitarbeitern der Reichsregierung und begab sich dann gestern mit dem Abenteurer nach München zurück. Heute wird das Reichskabinett über die Antwortnote der deutschen Regierung auf die Sühnelforderungen der Entente für die Vorkämpfer in Ingolstadt und Passau im einzelnen beraten, und zwar auf Grund der vorläufigen Vereinbarungen, die gestern unmittelbar vor der Abreise zwischen dem Außenminister v. Rosenbergs und dem bayerischen Ministerpräsidenten v. Knilling getroffen worden sind. Vor seiner Abreise gewährte Herr v. Knilling dem diplomatischen Mitarbeiter der „B. Z.“ eine Unterredung, in der er sich über die Angelegenheit der Sühnennote sowie über die allgemeine Stellung Bayerns zur Regierung Cuno aussprach. Die „B. Z.“ veröffentlicht darüber folgende Mitteilung: Gestern mittags waren die Schwierigkeiten bezüglich der Zwischenfälle von Ingolstadt und Passau noch nicht ganz gehoben. Das Schreiben der Völkspartei, dessen scharfer Ton sehr mißfällig empfunden wird, ist an die Reichsregierung gerichtet, die auch über die Verantwortung trägt und die Beantwortung zu verantworten hat. Es versteht sich für die Reichsregierung von selbst, daß die Wünsche Bayerns, das doch in erster Linie betroffen wird, Berücksichtigung finden müssen. Die Zahlung von 500 000 Goldmark scheint für die Städte Passau und Ingolstadt nicht nur unerschwinglich zu sein, sondern diese Forderung ist auch völkerrechtlich anfechtbar, weshalb der Appell an ein Völkergesicht in Frage kommt. Immerhin dürfte sich die Reichsregierung, wenn sie auch die Höhe der Summe beanstanden wird, grundsätzlich auf den Boden stellen, daß eine Genugtuung zu geben ist, die sich mit der nationalen Würde des Deutschen Reichs verträgt.

Die Londoner Vorkonferenz.

Udt. London, 7. Dez. (Eig. Drahtbericht.) Wir glauben zu wissen, daß Poincaré in London kein bestimmtes Programm mitbringen wird, sondern nur den französischen Standpunkt über die Moratoriumsfrage für Deutschland auseinandersetzen und erklären wird, alle anderen Fragen in Brüssel zu debattieren. Diese Frage wird daher hier als äußerst wichtig für das Kabinett Bonar Law betrachtet. Man hat die Absicht, endlich mit der Politik Lloyd Georges vollkommen aufzuräumen und für Brüssel einen geschickteren Standpunkt einzunehmen. Deshalb hat Bonar Law beschlossen, selbst nach Brüssel zu gehen, wo er nächste Woche eintreffen wird.

W. T. B. Paris, 7. Dez. Das „Echo de Paris“ schreibt zu der Londoner Vorkonferenz: Die „Times“ hat sich für eine einfache Überwachung der finanziellen und Währungsreformarbeiten durch die Alliierten ausgesprochen, eine Arbeit, die die Deutschen mit Hilfe des ihnen zu gewährenden Moratoriums durchzuführen hätten. Wahrscheinlich gehen die Gedanken des City-Blattes in derselben Richtung wie diejenigen von Downing-Street. Wieder einmal werden unsere englischen Freunde einen Versuch machen, die Reparationsfrage auf das Maß eines einfachen Finanzproblems zurückzuführen, und die politische Seite vernachlässigen. Kurz sie werden Überlegungen anstellen, wie die im Oktober auf Veranlassung der deutschen Regierung in Berlin zusammengetretenen Bankiers sie anstellten. Der Plan der Bankiers ist wunderbar. Sein einziger Fehler ist der, daß er auf einer höchst zweifelhaften Annahme beruht, auf einer Annahme, die mehr als zweifelhaft ist; denn die Ereignisse der letzten Jahre haben sie gelehrt, Deutschland wird seine Schulden nur bezahlen, wenn es dazu gezwungen wird. Um den Versailles Vertrag zu sprengen, hat es seine Devisen entwertet. Jetzt wird es versuchen, sein Währungssystem wiederherzustellen, um dem wirtschaftlichen Verfall zu entgehen, ohne deshalb in den Rahmen des Vertrages zurückzufallen. Dieses zweite Manöver läßt sich viel leichter an als das erste; denn hierbei hat Deutschland alle Ausländer zu Komplizen, deren Guthaben die bevorrechtigte Reparationsforderung beeinträchtigt. Wenn wir nun auch die erste Partie verloren haben, so wollen wir wenigstens nicht Gefahr laufen, auch die zweite zu verlieren. Eine Inspektion, eine Überwachung, die uns festzustellen erlaubt, wie weit wir geschädigt sind, reicht nicht aus. Wir wollen die wirtschaftliche Kraft Deutschlands nicht zerstören, aber wir wollen auch nicht Deutschland sich wieder erheben lassen, ohne daß es sich zu allererst den Verpflichtungen des Versailles Vertrages fügt. Unsere Beschlagnahme der wirtschaftlichen Einnahmequellen des Rheinlandes und des Ruhrgebietes hat nicht den Zweck, der Finanzreform in Deutschland Schwierigkeiten zu machen.

